

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Gewerkschaften und nationalisierte Industrie in England

Das alte Problem, in welcher Weise die britischen Gewerkschaften ihren Einfluß auf die nationalisierte Wirtschaft ausüben sollen — praktisch handelt es sich um die von der Labourregierung in Gemeineigentum überführten Eisenbahnen, die Grubenindustrie, die Gas- und Elektrizitätserzeugung, den Flugverkehr und die Notenbank —, ist kürzlich wieder neu aufgerollt worden. Während eine Minderheit im Gewerkschaftsbund, die aus den Eisenbahnangestellten, den Postlern und den Bankbeamten besteht, in der Vergangenheit dafür eingetreten ist, daß die Gewerkschaften einen bestimmten Prozentsatz der Mitglieder der die nationalisierten Betriebe verwaltenden Gremien stellen, war die Mehrheit in den Nachkriegsauseinandersetzungen der Ansicht, daß Gewerkschaftsfunktionäre, die in leitende Funktionen der nationalisierten Wirtschaft berufen werden, ihre Bindungen an die Gewerkschaftsbewegung zu lösen haben. Man war und ist der Auffassung, daß sich gewerkschaftliches Fühlen und Denken in der Geschäftsführung der nationalisierten Betriebe auswirken soll, daß es aber eine reinliche Scheidung der Kompetenzen geben muß,

weil die Arbeitgeberfunktion auch eines nationalisierten Betriebs sich mit der Funktion gewerkschaftlicher Betätigung — der freien Vertretung von Arbeitnehmerinteressen — nicht vereinbaren läßt.

Diesen Standpunkt hat der britische Gewerkschaftsbund niemals revidiert, aber in der Praxis hat sich im Laufe der Jahre doch eine davon etwas abweichende Entwicklung vollzogen. Man hat nämlich davon abgesehen, alle Funktionen der Leitung von gemeinwirtschaftlichen Betrieben hauptberuflich ausüben zu lassen. Der Grund ist einfach, daß man sonst auf die Mitarbeit von Fachleuten verzichten müßte, die bereit sind, ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen, die das aber nicht hauptberuflich tun wollen oder können. Das bezieht sich auch auf Gewerkschaftsfunktionäre — die alte Methode des Übergangs tüchtiger Funktionäre an die nationalisierte Wirtschaft hat diese bereichert, aber die Gewerkschaftsbewegung ärmer gemacht. Von allem Anfang an (1946) galt für das von den Gewerkschaften namhaft zu machende Mitglied des Direktoriums der *Bank of England* die Vorschrift des Ausscheidens aus der Bewegung nicht, was sich aus der Natur der Sache erklären läßt: die Mitglieder des Direktoriums üben alle diese Funktion nur nebenberuflich aus. Außerdem kann sich ein Interessenkonflikt höchstens in bezug auf die arbeitsrechtliche Situation der (verhältnismäßig wenigen) Angestellten der Notenbank ergeben, und das war bisher nie der Fall. Die jeweiligen gewerkschaftlichen Mitglieder des Direktoriums waren aber nie dem Bankbeamtenverband entnommen. Gegenwärtig versieht dieses Amt ein Textilarbeiterfunktionär.

Stillschweigend hat sich dieser bei der *Bank of England* bestehende Zustand in den letzten Jahren auch bei anderen nationalisierten Wirtschaftskörpern, vor allem in der Bergbauverwaltung, eingebürgert. Vor einiger Zeit wurde *Alan Birch* nebenberuflich in den *National Coal Board*, die die Bergwerke verwaltende Institution, berufen. Birch ist Generalsekretär des 350 000 Mitglieder starken Verbandes der Ladenangestellten. Er ist überdies Mitglied des Generalrates (Vorstandes) des Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender von dessen Wirtschaftsausschuß; in dieser Eigenschaft war er der gewerkschaftliche Hauptsprecher bei den Verhandlungen um die Freihandelszone. Das scheint schon mehr, als ein einziger Mann auf sich nehmen kann, und dazu hat sich Birch auch noch bereit gefunden, in der Grubenverwaltung tätig zu sein. Der letzten Jahreskonferenz seines Verbandes lag nun ein Antrag vor, der das mißbilligt, und die Behandlung dieses Antrages rief die erste gewerkschaftliche Diskussion dieses Fragenkomplexes hervor. Die Antragsteller machten es klar, daß sie damit keinen Angriff gegen den Generalsekretär des Verbandes im Auge haben, der mit voller Zustimmung des Vorstandes und damit vollkommen korrekt gehandelt habe. Sie wiesen auch darauf hin, daß es ihnen nicht darum gehe, die Übernahme von Funktionen bei der Verwaltung nationalisierter Betriebe durch Gewerkschafter zu unterbinden. Sie machten nur geltend, daß die Übernahme der Aufgabe durch Birch nicht im Einklang mit der Satzung der Organisation stehe, in der es heißt: „Der Generalsekretär hat seine ganze Zeit der Arbeit im Verband zu widmen.“ Einem eventuellen Einwand, daß bei wörtlicher Auslegung der Generalsekretär auch nicht im Gewerkschaftsbund tätig sein könnte, traten die Antragsteller mit der Bemerkung entgegen, daß es sich da um Arbeit für die gesamte Gewerkschaftsbewegung und damit automatisch auch für den eigenen Verband handle.

In der anschließenden Debatte wurde gegen den Protest der Antragsteller immer wieder gesagt, daß es sich nicht um eine Auslegungsfrage, sondern um eine prinzipielle Entscheidung handle. *Alan Birch* kam mit längeren Ausführungen zu Wort und betonte, daß er zunächst dem eigenen Verband zu dienen habe und nie eine Berufung annehmen würde, die ihm das erschwere. Er habe bei Übernahme der neuen Funktion eine andere in der Monopolkommission niedergelegt. Der Verband habe immer die Ansicht vertreten, daß Menschen mit gewerkschaftlichen Erfahrungen in die Leitung der nationalisierten Wirtschaft berufen werden sollten; darum müsse er seinen Funktionären dazu Gelegenheit geben. Ein anderer Redner meinte, in diesem Falle sollten die Bergarbeiter und nicht die Ladenangestellten jemanden in die Bergbauverwaltung entsenden; der Beruf des Generalsekretärs der sechst-

größten Gewerkschaft im Land erfordere die volle Arbeitskraft. Eine wörtliche Auslegung der Satzung müßte zur Folge haben, sagte ein anderer Delegierter, daß der Generalsekretär 24 Stunden im Tag für den Verband arbeiten müsse; eine Gewerkschaft sollte aber ein vorbildlicher Arbeitgeber sein. Die Debatte wurde durch den Präsidenten des Verbandes, den Labourabgeordneten *Walter Padley*, abgeschlossen, der namens des Vorstandes die volle Verantwortung für Birchs Annahme der ihm angebotenen Funktion übernahm. Der Verband sei stolz auf die Rolle, die sein Generalsekretär in einem weiteren Feld spiele, und die Annahme der Resolution würde den Einfluß im Wirtschaftsleben zerstören, den sich die Organisation zu erwerben verstanden hätte. Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit verworfen.

Kurz darauf kam diese Problematik wieder zur Sprache, als bekannt wurde, daß der Gewerkschaftsbund sich bei der Regierung *Macmillan* wegen Verringerung des gewerkschaftlichen Einflusses auf die nationalisierte Wirtschaft beschwert hatte. Alle Verstaatlichungsgesetze der Labourregierung enthielten die zwingende Bestimmung, daß in die Verwaltung der nationalisierten Wirtschaft Menschen mit Erfahrung in gewerkschaftlichen Dingen zu berufen sind. Die nationalisierungsfeindliche Agitation hatte natürlich immer behauptet, daß es sich hier darum handle, „Jobs for the Boys“ (Pöstchen für unsere Jungen) zu schaffen. In Wirklichkeit war es umgekehrt: man mußte eher Bewerber suchen als Betätigungsmöglichkeiten, und viele Gewerkschaftsfunktionäre, die schließlich annahmen, haben dies und das damit verbundene Ausscheiden aus der Bewegung als ein Opfer aufgefaßt, das ein diszipliniertes Gewerkschaftsmitglied eben zu bringen habe. Auch in den Zeiten der Labourregierung war nicht mehr als ein Siebentel aller leitenden Positionen in der nationalisierten Wirtschaft mit ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären besetzt; auch die fand man oft nur mit Mühe, obwohl sie sich alle dann sehr gut bewährt haben, am besten von allen *Lord Citrine*, ehemaliger Elektrotechniker, dann Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes und schließlich Chef der Elektrizitätswirtschaft. (Gerade die Schwierigkeit, mehr Gewerkschaftsfunktionäre für diesen Zweck zu finden, hat ja zu den nebenberuflichen Ernennungen geführt).

Der Gewerkschaftsbund beschwert sich nun darüber, daß in den 7 Jahren konservativen Regierens der Anteil der ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre an der Verwaltung der nationalisierten Wirtschaft von einem Siebentel auf ein Elftel zusammengeschrumpft ist, und leitet daraus Befürchtungen ab, daß der ganze Sinn des Nationalisierungswerkes verfälscht werden könnte. Tatsächlich hat die konservative Regierung im Falle des Freiwerdens von Mandaten eher nach Kandidaten Ausschau ge-

halten, die dem eigenen Lager entstammen. (Trotzdem hat niemand den Vorwurf „Jobs for the Boys“ ausgesprochen) Die gewerkschaftlichen Beschwerden sind also unzweifelbar berechtigt. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß auch unter dem konservativen Regime Gewerkschafter, wie z. B. Birch, in führende Positionen der nationalisierten Wirtschaft berufen wurden; eine völlige Einseitigkeit würde die englische öffentliche Meinung nicht ertragen. Ja, die konservative Regierung hat sogar etwas getan, was ihre sozialistische Amtsvorgängerin nie gewagt hätte, denn auch in England leidet die Arbeiterbewegung an dem Minderwertigkeitskomplex, daß sie als Fachmann nur jemanden anzuerkennen bereit ist, der im anderen Lager steht: es war eine konservative Regierung, die zum ersten Mal einen ehemaligen Bergarbeiter und ehemaligen Vizepräsidenten des Bergarbeiterverbandes an die Spitze des 700 000 Arbeiter beschäftigenden Grubenbetriebes gestellt hat. Es war aber kein Liebesdienst für die Gewerkschaften oder für die Bergarbeiter, sondern eine Verbeugung vor den Fähigkeiten *James Bowmans*, der als Chef des *National Coal Board* der richtige Mann am richtigen Platz ist.

Dr. J. W. Brügel (London)

Unruhe im Militärstaat Paraguay

Paraguay kennt in seiner bewegten Geschichte nur kurze Perioden von Freiheit und Demokratie. Politische Wahlen von staatlichen Würdenträgern sind hier in der Regel nichts anderes als von Militärpersonen genehmigte Abstimmungen. Selbst wenn die Zahl der Jäger noch so klein ist, gilt der offizielle Kandidat als gewählt. Das Volk hat selten die Möglichkeit, eigene Kandidaten zur Wahl zu stellen. Das Militär hält das Staatsruder fest in seinen Händen. Zivilpersonen haben nicht viel zu sagen. Die Politik wird letzten Endes mit Gewalt entschieden.

Das 430 000 Quadratkilometer große Paraguay hat nur anderthalb Millionen Einwohner, aber ein gut ausgerüstetes Heer von 30 000 Mann Friedensstärke. Auf diese Militärmacht ist die Nation stolz. Der zweijährige Militärdienst ist obligatorisch. Wer als untauglich zurückgestellt wird, muß bis zum 50. Lebensjahr eine Sonderabgabe von 200 Guaranies jährlich entrichten. Der Reiche kauft sich durch diese Militärsteuer leicht los, wenn er es nicht vorzieht, die aussichtsreiche Militärlaufbahn zu wählen, die ihm zu Ehren und Macht verhilft. Der Arme dagegen hat unter den Militärlasten schwer zu leiden. Gegen 75 vH der gesamten Staatseinnahmen werden für Rüstungszwecke ausgegeben. Die Einkünfte eines Obersten sind dreimal so hoch wie die eines Universitätsprofessors. Anderswo sind Soldaten und Kaufleute getrennte Berufe, hier ver-

schmelzen sie in eins. Die Offiziere sind gleichzeitig auch Geschäftsleute. Das Militär ist eine Wirtschaftsmacht im Lande. Es hat in eigener Regie Reismühlen, Ziegeleien, Bauunternehmen, eine Textilfabrik, betreibt Viehzucht im großen und ist besonders einflußreich im Verkehrsgewerbe. Die Betriebe der Militärverwaltung sind konkurrenzlos, denn die Beschäftigten darin sind meist Wehrpflichtige mit kargem Sold, keine freien Arbeiter mit Kollektivverträgen. So ist in Paraguay das Militär nicht der Diener des Staates, sondern sein Herr und Gebieter; nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck; nicht nur ein Staat im Staate, sondern der Staat selbst.

Das Kriegsministerium befindet sich in einem prächtigen neuen Funktionalgebäude, wo Hunderte von eleganten Senoritos in schmucken Uniformen satt und zufrieden einherstolzieren. Das kombinierte Justiz- und Arbeitsministerium aber ist in einem leer gewordenen Bürgerhaus vom vorigen Jahrhundert untergebracht, wo in halbdunklen Räumen schäbig gekleidete Referendare über ihre Akten gebeugt sitzen, „Zu einem eigenen Arbeitsministerium haben wir es noch nicht gebracht“, erklärte resignierend der Sekretär des Ministers.

Der amtierende Staatspräsident, General Stroessner, soll ein gutmütiger Mann sein, dem man persönlich nichts Schlechtes nachsagt. Daß im Garten seiner Villa ein eigener Flugplatz erbaut ist, wird als kluge Maßnahme betrachtet, denn Palastrevolutionen gehören zu den Landestraktionen. General Stroessner kam 1953 durch einen Staatsstreich an die Macht. Im vergangenen Jahr aber ließ er seine Amtszeit durch eine Volksabstimmung um weitere vier Jahre verlängern. Er holte sich seine Minister aus der Partei der Kolorierten und verstärkte damit seine Militärmacht durch Mitarbeit von Zivilisten. Die Kolorierten sind ursprünglich eine Volkspartei vom Ende des vorigen Jahrhunderts. Sie haben die rote Fahne des internationalen Sozialismus zu ihrem Symbol gemacht. In ihrer politischen Zielsetzung aber unterscheiden sie sich kaum von den Liberalen, ihren politischen Konkurrenten. Die „Febreristen“ stammen aus diesem Jahrhundert; ihr Parteiprogramm ist etwas radikaler, nach der Art der französischen Radikalsozialisten, doch sie kamen bisher noch nicht zum Zuge. Die kommunistische Partei wird nicht erlaubt, doch kommunistische Reisegefährten und Moskauanhänger sind in allen Parteien querschnittlich zu finden, besonders bei den regierenden Kolorierten.

Bei Aufhebung des Belagerungszustandes, Anfang Mai dieses Jahres, hoffte die Opposition auf eine längere Periode von Freiheit und Demokratie. Das war ein großer Irrtum. Ein kleines Vorkommnis genügte, um den alten Belagerungszustand wieder herzustellen. Anlaß dazu gab eine Protestaktion der Mittelschüler und Studenten auf der Plaza Italia gegen die Erhö-

hung des Fahrpreises bei den Straßenbahnen und Autobussen um 63 vH. Diese Versammlung war polizeilich genehmigt. Das aber hinderte den Polizeioberbefehlshaber nicht, die Versammelten durch berittene Polizisten mit Säbelhieben auseinanderreiben zu lassen. Dabei gab es zahlreiche Verwundete, und eine Menge junger Leute wurde mitgenommen. Tags darauf drang die Polizei in das Gebäude des Nationalen Lehrinstituts ein und nahm einige hundert Schüler gefangen. Etwa hundertfünfzig Mittelschüler und Studenten wurden in Militäruniform gesteckt und mußten in der Militärzegelei Zwangsarbeit verrichten. Gerichtliche Untersuchung und Gerichtsurteile gab es nicht.

Die Schüler und Studenten erklärten gegen diese Polizeiwilkkür den Schulstreik in sämtlichen Staatsschulen und in der Universität. Der Unterrichtsminister antwortete mit der Schließung der Schulen und der Universität für zunächst vierzehn Tage und drohte mit neuen Maßnahmen, falls die Jugend sich weiter widerspenstig zeigen sollte.

Jetzt griffen die Volksvertreter ein, denn einige von ihnen hatten Söhne, die auch Opfer der Polizeiwilkkür geworden sind. Eine Parlamentssitzung forderte die Absetzung des verantwortlichen Polizeigewaltigen. Doch die Militärregierung duldet keinen Widerspruch, nicht einmal den der Volksvertreter. Der Staatspräsident löste das Parlament auf und ließ dem Polizeikommando freie Hand. Polizeimannschaften drangen bewaffnet in das Kongreßgebäude ein und führten die oppositionellen Abgeordneten ab. „Ihr seid nicht in den Kongreß geschickt worden, um mit der Opposition zu konspirieren“, erklärte zynisch der arrogante Polizeigewaltige den gefangenen Volksvertretern. Dann gab der schneidige Militärmann den oppositionellen Volksvertretern Gelegenheit, in den Wüstenorten des Chacos über ihre einmalige Zivilcourage nachzudenken.

Um diese eigenartigen Verwaltungsmethoden mit der Verfassung in Einklang zu bringen, löste der Staatspräsident das Parlament auf, verhängte aufs neue den Belagerungszustand und setzte damit die verfassungsmäßigen Garantien außer Kraft. Paraguay wird also wiederum, nach bewährten Traditionen, mit Hilfe des Belagerungszustandes, ohne Volksvertreter, nur durch den Präsidenten und seine Militärclique, regiert. Nach einem demokratischen Zwischenakt von drei Wochen nimmt das diktatorische Drama seinen Fortgang. Ein liberaler Politiker glossierte die Situation in einem Flugblatt mit der lakonischen Bemerkung: „Die Freiheit ist auf Dauerferien geschickt worden, Gewalt geht wieder vor Recht.“

Der fünf Wochen dauernde Studentenstreik wurde mit mustergültiger innerer Disziplin geführt. Es war bewundernswert, daß Jüng-

linge zwischen fünfzehn und zwanzig Jahren der ganzen Nation eine Lektion über Demokratie und die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte zu geben vermochten. Während der langen Streikzeit gab es keinerlei Gewalttätigkeiten. Das ist außerordentlich bei den heißblütigen Lateinamerikanern! Die Aktion der Studenten hatte die ungeteilte Sympathie des ganzen Volkes. Die Jugend zeigte moralische Kraft und politische Reife. Die Forderung auf den Rücktritt des Polizeipräsidenten und auf die Aufhebung des Belagerungszustandes wurde bis zuletzt aufrechterhalten. Der Streik war populär im besten Sinne des Wortes. Die Haltung der Regierung wurde mit Ironie und Sarkasmus im ganzen Lande kritisiert. In zahlreichen Pamphleten und gedruckten Aufrufen der Opposition wurde die Regierung heftig angegriffen. Doch niemand wagte zu handeln. Die Gewerkschaften werden seit Jahren von der Regierung kontrolliert und die Arbeiter sind eingeschüchert.

Die Gewerkschaftsbewegung wurde Anfang dieses Jahrhunderts von den Anarchisten ins Leben gerufen. Diese ersten Organisationen wurden aber in den Jahren des Chacokrieges und der Diktatur aufgerieben. Der später gegründete Gewerkschaftsbund hat sich dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und seiner amerikanischen Zweigstelle, der ORIT, angeschlossen. Der zunehmende Druck der Regierung auf die Gewerkschaften hat jedoch dazu geführt, daß paraguayische Emigranten in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, ein gewerkschaftliches Auslandsbüro gründeten, das mit der ORIT zusammenarbeitet.

Unter den bestehenden Umständen konnte die Studentenbewegung keinen Erfolg haben. Die Stimme der Jugend war ein einsamer Schrei in der Wüste. Er vermochte nicht, das Eis in den Herzen der Alten zu brechen. Die Regierung hat schließlich ihre Fehler eingesehen. Die Mehrzahl der Gefangenen wurde freigegeben. Wann der Rest freigelassen wird, weiß man noch nicht.

Die Studentenaktion löste in ganz Lateinamerika begeisterte Sympathiekundgebungen aus. Die Sensibilität der Jugend gegen das Unrecht ist eine Verheißung. Die Erklärung der Menschenrechte: „Wenn Rechte und Freiheiten in Gefahr sind, ist die Erhebung des Volkes die erste Bürgerpflicht“, hat hier konkrete Formen angenommen. Der äußere Erfolg der Polizeiwilkkür wird als Pyrrhussieg bewertet. Die Jugend hat mit friedlichen Mitteln einen Kampf geführt, der davon zeugt, daß auch im Militärstaat Paraguay der demokratische Geist zu neuem Leben erwacht. Das ist ein Zeichen der neuen Zeit. Und in diesem Zeichen wird bei einem neuen Konflikt die Jugend und mit ihr die Freiheit siegen.

Augustin Souchy